



Marburg, 09.07.2023

Eingang: 09.07.2023

TOP: 10

SPD-Fraktion
CDU-FraktionLfd.Nr. 326/2023 KT
1. Ergänzung**Konkurrenzantrag zur Kreistagssitzung am 14.07.2023**

Konkurrenzantrag der Fraktionen von SPD und CDU zum Resolutionsantrag der Fraktion DIE LINKE betr. „Auskömmliche Finanzausstattung der kommunalen Familie bei der Aufnahme von Geflüchteten gewährleisten. Das Recht auf Asyl in Europa beibehalten: Marburg-Biedenkopf zum sicheren Hafen erklären“

Resolutionsantrag „Integration fördern – Die kommunale Ebene nicht überfordern“

Beschluss:

Der Kreistag bekräftigt sein Bekenntnis zum „Modell Marburg-Biedenkopf“ in der Integrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik. Damit ist es gelungen, dass wir einer der wenigen Landkreise sind, die bisher gänzlich ohne Notquartiere/Turnhallen o. ä. auskommen.

Gute Integrationspolitik ist nur möglich, wenn Zuweisungszahlen, finanzielle Unterstützung und die Kapazitäten vor Ort in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Sonst würde auch unsere – national wie international beachtete – Strategie dadurch gefährdet. Dazu gehört für uns auch die Erkenntnis, sich langfristig mit den Fragen von Integration und Unterbringung zu befassen – daran muss sich künftig die finanzielle Unterstützung maßgeblich orientieren, um humanitär wie auch integrativ langfristig agieren zu können.

Der Kreistag fordert daher Bundes- und Landesregierung auf, schnell wirksame Wege zu finden, um die Zahl der den Kommunen zugewiesenen Geflüchteten in einem für die Landkreise vertretbaren Rahmen zu halten sowie die Kommunen bei den entstehenden Mehrbelastungen finanziell nicht allein zu lassen und die Bereitschaft zu Integration und Miteinander vor Ort zu stärken.

Begründung:

Mit den „Sieben Leitsätzen“ des seit 2014 realisierten „Modell Marburg-Biedenkopf“ konnten vielfältige Erfolge erzielt werden:

(1) Unsere Unterbringungsstrategie mit dem Leitsatz „**Dorf statt draußen**“ hat erhebliche Wohnraumressourcen erschlossen und ermöglicht, die Menschen vor Ort unterzubringen, so dass Dialog und Kontakt mit den Dorfgemeinschaften und Nachbarschaften möglich wurden.

(2) Mit der Maxime „**Normalität statt Notquartier**“ und dem Grundsatz, keine Gemeinschaftsunterkünfte größer als 80-100 Bewohner zu schaffen, ist es gelungen, die Unterbringung in einer für die Dorfgemeinschaften bzw. Stadtteile angemessenen Dimension zu halten und den Zugewanderten ordentliche Aufenthaltsqualität zu bieten. Das hat zur Akzeptanz in der Kreisgesellschaft und zur

Minimierung von Konflikten maßgeblich beigetragen, wenngleich auch in unserer Region Probleme nicht verschwiegen oder vernachlässigt werden dürfen.

(3) Das Prinzip „**Kooperation statt Konfrontation**“ mit den Kommunen und anderen Akteuren, hat dafür gesorgt, dass wir die Herausforderungen der vergangenen Jahre stets einvernehmlich und solidarisch mit den Kommunen – ohne Streit und (Zwangs-)Zuweisungen – lösen konnten.

(4) Die Maxime „**Vernetzen statt Verwalten**“ hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die ehrenamtlichen Akteure sich maßgeblich und wirkungsvoll in die Gestaltung der Aufgabe(n) eingebracht haben. Den ehrenamtlich Aktiven gebührt für ihr überdurchschnittliches Engagement und ihre Tatkraft die Anerkennung der gesamten Kreisgesellschaft. In Kooperation mit Sozialverbänden, kirchlichen und sozialen Einrichtungen konnte so ein hohes Maß an Akzeptanz und örtlicher Unterstützung für die Integrationspolitik gewonnen werden.

(5) Das Prinzip „**Miteinkultur statt nur Willkommenskultur**“ hat dafür gesorgt, dass nach dem Prinzip des „Fördern und Fordern“ Teilhabe und Mitwirkung gefördert, zugleich aber auch Integrationsbereitschaft wirkungsvoll eingefordert werden konnte.

(6) Mit dem Leitbild „**Perspektiven statt Probleme**“ ist es gelungen, mit konsequenter Sprachförderung, Bildungsangeboten und innovativen Projekten wie z.B. „Voice“ oder dem „Arbeitsmarktbüro für Flüchtlinge“ auch Akzente bei der Arbeitsmarktintegration zu setzen, wenngleich es auch in diesem Bereich (leider) noch eine Fülle von offenen und bisher nicht gelösten Herausforderungen gibt.

(7) Das Prinzip „**Integration statt Isolation**“ ist nicht nur im unmittelbaren Wirkungskreis des Landkreises erfolgreich umgesetzt worden, sondern in enger Kooperation mit dem staatlichen Schulamt ist es gelungen, dass für alle neuangekommenen Zugewanderten früh- und rechtzeitig hinreichend und bedarfsgerecht vor Ort Intensivklassen eingerichtet worden sind, so dass die Integration ins Bildungssystem deutlich besser gelungen ist als in vergangenen Phasen von starken Migrationsbewegungen.

All die obengenannten Aspekte haben maßgeblich dazu beigetragen, dass wir in Marburg-Biedenkopf nicht nur die Integrationsherausforderungen bzw. deren zahlenmäßige Höhepunkte in den Jahren 2014-2016 bewältigen konnten, sondern auch 2022 binnen weniger Wochen die Unterbringung von ca. 4.000 geflüchteten Menschen aus der Ukraine bewältigen konnten.

Derzeit gefährden aber externe Einflüsse die Fortsetzung der bewährten Politik:

– gerade dort, wo eine aktive, fördernde und fordernde Integrationspolitik betrieben wird, können zu hohe Zahlen an (wöchentlich) zugewiesenen Geflüchteten die Arbeit gefährden: wenn Notquartiere erforderlich werden oder die bewährte dezentrale Unterbringung unmöglich wird, bleibt Integration auf der Strecke und sinkt die Akzeptanz in der Kreisgesellschaft.

– gleiches gilt, wenn die Zahl der unterzubringenden Menschen in einer Weise steigt, dass nicht mehr hinreichend Fachkräfte für die soziale Betreuung und Begleitung zur Verfügung stehen: Dann werden so wichtige Aufgaben wie Bildungs- und Arbeitsmarktintegration nicht mehr oder nur noch bruchstückhaft möglich sein; die bewährte Politik des Förderns und Forderns wird damit zunichte gemacht.

– Auch die Bemühungen und Erfolge im Bildungssystem werden allzu schnell zunichte gemacht oder gefährdet, wenn nicht mehr die notwendigen Zahlen an Lehrerinnen und Lehrern für Sprachkurs, Intensivklassen o. ä. zur Verfügung stehen.

– Wenn die massiven finanziellen Mehraufgaben der Landkreise und Kommunen durch die Unterbringung von Geflüchteten nicht durch zusätzliche finanzielle Ressourcen kompensiert werden, droht schnell die Gefahr, dass andere, notwendige und sinnvolle kommunale Aufgaben eingeschränkt werden müssen.

– Wenn die Planungen nur auf Kurzfristigkeit ausgerichtet sind und damit Strukturen nicht nachhaltig vorgehalten werden können – wie bei der Einrichtung von Wohngruppen, die kurzfristig wegen man-

gelnder Finanzierung wieder eingestellt werden, oder auch Personalkapazitäten wieder freigesetzt werden, die man langfristig hätte binden müssen, um die auch in der Zukunft benötigten personellen, pädagogischen Kapazitäten vorhalten zu können.

Um so wichtiger ist es, dass auf Bundes- und Landesebene die parteiübergreifende von Kommunen und Landkreisen vorgebrachten Appelle ernst genommen werden und in ein wirkungsvolles und über tagesaktuelle Herausforderungen hinausgehendes, strategisch-planendes Miteinander bei der Bewältigung der Herausforderungen übergehen.

gez.:
Werner Hesse
SPD-Fraktion

gez.:
Werner Waßmuth
CDU-Fraktion